

Pothmer zu Kali: „Arbeitsplätze wiegen nicht alle Lasten auf“

Grünen-Bundestagsabgeordnete unterstützt Forderungen zu Wasserschutz, Halde und Kalibahn – und lobt K + S als Arbeitgeber

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN. Wird durch eine Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen die Innerste stärker versalzen als bislang, wäre das für die Hildesheimer Grünen-Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer ein „K.-o.-Kriterium“. Das sagte sie gestern nach einem Besuch unter Tage. Sie bezeichnete es zudem als „absolut richtig“, einen neuen Kaliberg möglichst zu vermeiden. Allerdings betonte sie auch: „500 bis 700 nachhaltige neue Arbeitsplätze in der Region sind allerdings auch keine Petitesse.“ Sie warnte aber davor, die Jobs als Totschlag-Argument zu gebrauchen: „Alle dauerhaften Belastungen nachfolgender Generationen werden dadurch nicht aufgewogen.“

Als Bundespolitikerin, noch dazu in der Opposition, hat Pothmer zwar keinen Einfluss auf das Genehmigungsverfahren. Dennoch widmete auch der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K + S), der die Wiederinbetriebnahme plant, der Besucherin und ihren Begleitern große Aufmerksamkeit. Schließlich ist sie die wichtigste Grünen-Politikerin in der Region, in der das Bergwerk steht – und ihr Parteifreund Stefan Wenzel ist niedersächsischer Umweltminister, drängt als solcher auf scharfe Vorgaben für einen möglichen neuen Abbau bei Giesen (siehe „Halden-Verbot?“).

Pothmer steht nach eigenen Angaben



Grüne ganz in Weiß: Brigitte Pothmer (vorn in der Mitte) gestern mit Parteifreunden und Unternehmensvertretern am Kalischacht in Ahrbergen.

dahinter: „Eine größere Belastung des Wassers muss unbedingt vermieden werden.“ Zwar habe K + S ihr versichert, sich an das „Verschlechterungsverbot“ der EU in Sachen Wasserqualität zu halten. „Aber ob das wirklich funktioniert? Da haben sie mich noch nicht ganz überzeugt.“ Deshalb sei es wichtig, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) die Angaben genau prüfe – und dass das niedersächsische Umweltministerium die Ergebnis-

se hinterher auch noch einmal genau hinterfrage. „In Sachen zweiter Kaliberg haben sie mir auch gesagt, es gehe nicht anders, auch da bin ich nicht recht überzeugt, setze auf die Prüfung durch die Experten“, sagte sie. Das gelte auch für die Aussage von K + S, eine Verlegung der für Pothmer „für die Anlieger unzumutbaren“ Kalibahn sei unmöglich.

Zudem schloss sie sich der Forderung der Bürgerinitiative an, Bürgern im Lauf des Verfahrens mehr Zeit für Eingaben

und Stellungnahmen zu geben als ursprünglich vorgesehen: „Es kann nicht sein, dass Behörden und Institutionen mit ihrer Infrastruktur dafür mehr Zeit haben als die Anlieger.“ Sie betonte allerdings, mit diesem Ansinnen auch bei den Vertretern von K + S auf offene Ohren gestoßen zu sein: „Ich habe den Eindruck, dass die das in Ordnung finden und im Zweifel auch damit leben könnten, wenn das Verfahren länger dauert.“

Als arbeitsmarktpolitische Sprecherin ihrer Partei auf Bundesebene sehe sie die Aussicht auf „500 bis 700 qualifizierte Arbeitsplätze“ positiv, betonte Pothmer. Zumal sie intensiv in Sachen Leiharbeit nachhakte – und mit den Antworten zufrieden war: „Sie wollen mit fast 100 Prozent Stammkräften arbeiten, haben erklärt, nur einige erfahrene Bergleute hinzuziehen zu müssen.“ Die Belegschaft wolle K + S aus der Region heraus ausbauen und qualifizieren. Als Arbeitgeber habe der Kasseler Konzern einen guten Eindruck gemacht.

Pothmer wurde bei ihrem Besuch von Ratsmitgliedern umliegender Gemeinden begleitet, darunter Nina und Volker Lipecki aus Harsum, Marcel Duda aus Sarstedt und Günter Netenjakob aus Nordstemmen: „Für uns alle fällt eine Bewertung auf jeden Fall leichter, nachdem wir uns mit eigenen Augen vor Ort umgesehen haben“, bilanzierte Pothmer nach dem Besuch.

Halden-Verbot?

Kann das Land Niedersachsen dem Düngemittel-Konzern Kali + Salz verbieten, einen zweiten Kaliberg aufzuschichten, wenn das Bergwerk Siegfried Giesen wieder in Betrieb gehen sollte? Das lässt Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) derzeit vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) prüfen. Zwischen Wenzels Ressort und dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium, das vor allem die Arbeitsplätze und den Erhalt des Kali-Bergbaus nach der Aufgabe des Schachts Sigmundshall bei Wunstorf in einigen Jahren in den Fokus nimmt, gibt es deshalb schon länger Reibereien. Ursprünglich sollte das juristische Gutachten über ein mögliches Halden-Verbot bereits Ende Januar vorliegen. Die Prüfung dauert aber noch an, erfuhre diese Zeitung auf Nachfrage. Kali + Salz hat bislang stets erklärt, ohne neue Halde sei eine Wiederinbetriebnahme des Bergwerks nicht rentabel und damit gescheitert. Unabhängig vom Ergebnis der laufenden juristischen Prüfung muss das LBEG prüfen, ob es eine neue Halde genehmigt oder ob es auch andere Wege sieht, den Abraum aus dem Bergwerk zu entsorgen. *abu*